

FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT ! BEZIRKSKONFERENZ '03

AWO NIEDERRHEIN, 8. 11. 2003, MÜLHEIM AN DER RUHR

Für soziale Gerechtigkeit

Rede Paul Saatkamp

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, die Arbeit des Bezirksvorstandes der letzten vier Jahre muss ich an dieser Stelle nicht noch einmal im Detail darstellen. Der Bericht zur Bezirkskonferenz ist euch vor vier Wochen zugegangen. Den darin enthaltenen umfangreichen Beitrag über die Vorstandsarbeit habt ihr gelesen. Fragen dazu beantwortet euch der Vorstand gerne im Rahmen der folgenden Aussprache; auf den Dienstleistungsbereich wird Erwin Knebel eingehen.

Lasst mich den heutigen Tag vielmehr dazu nutzen, über unseren politischen Standort in der Gemeinschaft der Arbeiterbewegung und unseren Verband nachzudenken. Ich versuche das kurz zu machen, aber bündig und klar und ohne falsche Rücksichtnahme, weil ich denke, dass ihr und unsere Mitglieder und Mitarbeiter das auch von mir erwarten. Unsere Hausaufgaben haben wir gemacht. Für uns am Niederrhein sind die Programmbeschlüsse der Bundeskonferenzen 1998 in Düsseldorf und 2002 in Aachen, bei deren Zustandekommen wir einen erheblichen Beitrag geleistet haben, verbindlich. Und auf dieser Basis haben wir uns zu äußern und zu agieren, unabhängig davon, wer für soziale Verwerfungen die Verantwortung zu tragen hat.

Im Zweifelsfall, liebe Freundinnen und Freunde, hat für uns die Solidarität mit den Betroffenen Vorrang vor einer falsch verstandenen politischen Kumpanei.

AWO am Scheideweg? Eine spannende Frage! Vielleicht müssen wir uns mit anderen Organisationen in der großen Familie der Arbeiterbewegung neu einordnen. Dabei stehen wir nicht allein! Es gibt offensichtlich noch andere, die sich nach wie vor uneingeschränkt auf die Seite der Schwächeren stellen und für deren Rechte und gesellschaftliche Teilhabe eintreten. Mitstreiter, die mit uns am Ziel einer durch Solidarität und Ausgleich geprägten Gemeinschaft festhalten und nicht blind der Heilslehre von Markt und Wettbewerb vertrauen. Wenn ich hier sehe, wie sich VdK, Sozialverband (=Reichsbund), Naturfreunde, Falken, ASB neu formieren und nicht blind den neoliberalen Vorgaben folgen, stelle ich fest:

In der Auseinandersetzung mit den Propheten der Neuen Mitte, die den Weg zurück ins 19. Jahrhundert noch als Reform, Fortschritt und Modernisierung verkaufen wollen, sind wir in guter Gesellschaft.

Lasst mich auch noch etwas zum Thema 'Werte des demokratischen Sozialismus' und 'zeitgemäße' soziale Gerechtigkeit anfügen. Ich will es heute nicht ausweiten. Mein offener Brief an Olaf Scholz enthält alles, was dazu gesagt werden musste.

Aber es erschüttert unser aller Grundverständnis.

Johannes Rau hat es so formuliert(Zitat) : „Das Sozialstaatsgebot ist kein Anhängsel des Grundgesetzes, sondern gehört zum Kernbestand unserer gesellschaftlichen Ordnung. Die Menschen dürfen nicht schutzlos den großen Lebensrisiken Alter und Armut, Krankheit und Arbeitslosigkeit ausgeliefert werden. Darum muss der Leitsatz für Reformen heißen: Über Bismarck hinaus, aber nicht hinter Bismarck zurück.“

Wenn der Generalsekretär die Oberhand behält, müsste Willy Brandt posthum aus der SPD ausgeschlossen werden. In seinen Erinnerungen ('Links und frei') schrieb er: „Aus meiner frühen Jugend habe ich das Verlangen mitgebracht, dass die vielen, und nicht nur die wenigen, am Tisch der Gesellschaft Platz haben müssen. Es bleibt die Aufgabe, die Demokratie sozial, wirtschaftlich und kulturell auszudehnen. Und es bleibt als Kern allen sozialistischen Strebens die Idee einer klassenlosen Gesellschaft, die die ökonomische und politische Unterdrückung hinter sich gelassen hat.“ Ich bin gespannt, für wen sich unsere Partei entscheiden wird: Willy Brandt, offenbar einer der letzten großen Sozialdemokraten oder Olaf Scholz?

Also, liebe Freundinnen, liebe Freunde, um es gleich vorweg zu sagen: An unserer grundsätzlichen Ausrichtung, den Grundwerten des demokratischen Sozialismus – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität - führt nach wie vor kein Weg vorbei! In dieser Frage brauchen wir - nach meiner Einschätzung - unseren Standpunkt nicht in Zweifel zu ziehen!

Schon allein deswegen nicht, weil es keine Alternative dazu gibt!

Erinnern wir uns: Gegen diese Form des ‚sozialen Ausgleichs‘ ist die Arbeiterbewegung erfolgreich zu Felde gezogen. Unsere Vorfahren haben den Rechtsanspruch auf soziale Sicherheit erkämpft und viel zu teuer bezahlt, als dass wir ihn heute guten Gewissens widerstandslos den Interessen einiger weniger opfern dürfen. – Wir, die heute für die AWO reden und handeln, haben von unseren Gründungsmüttern- und vätern ein anspruchsvolles Erbe zu verwalten.

Ich will an dieser Stelle deutlich darauf hinweisen, dass wir uns in der AWO am Niederrhein keineswegs verweigern Reformen mitzutragen, die gesellschaftliche Probleme lösen. Auch dann, wenn sie mit Einschnitten verbunden sind. Vorausgesetzt allerdings, alle Mitglieder der Gemeinschaft werden ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend an den Belastungen beteiligt, die starken Schultern mehr, die schwachen weniger.

Und deshalb haben wir ein anders Verständnis von Reformen. Aber dazu ein klares Bekenntnis:

Wir unterstützen jede Reform, die Steuerberater arbeitslos macht, die Steuerflucht unterbindet und Steuerehrlichkeit belohnt. Wir unterstützen jede Arbeitsmarktreform, die Menschen aus der Arbeitslosigkeit holt und Jugendlichen Chancen auf Ausbildung und Qualifizierung eröffnet. Wir unterstützen jede Reform der sozialen Sicherungssysteme, die ihre Finanzierungsbasis verbreitert. Wir unterstützen jede Reform, die das Primat der Politik über die Wirtschaft wiederherstellt. Wir unterstützen jede Reform, die für mehr Generationengerechtigkeit sorgt und dabei auch die künstlichen Hüftgelenke für 75-jährige einschließt. Wir unterstützen jede Reform, die die Situation pflegebedürftiger Menschen verbessert. Wir unterstützen jede Reform, die die Integration von Migranten voranbringt. Wir unterstützen jede Reform, die die Kluft zwischen Arm und Reich verringert. Wir unterstützen jede Reform, die die Armut von Kindern und Jugendlichen in Deutschland abbaut. Wir unterstützen jede Reform, die das Zusammenleben stärker an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet. Und wir unterstützen jede Reform, die uns sagt, wohin es geht, die ein Ziel verfolgt und dabei nicht im krassen Widerspruch steht zu den Werten und Zielsetzungen unserer Grundsatzprogramme.

Unter diesen Voraussetzungen ist klar, dass wir mit dem, was uns unter dem Namen Agenda 2010 verkauft wird - Gesundheitsreform, Rentenreform, Steuerreform, Reform der Sozialhilfe und der Pflegeversicherung -

nicht einverstanden sein können. Eine Konsolidierung öffentlicher Haushalte auf dem Rücken der sozial Schwachen wird von der AWO am Niederrhein nicht mitgetragen! Im übrigen schlage ich vor, dass die Worte 'Reform' und 'Kommission' in die engere Wahl zum Unwort des Jahres 2003 aufgenommen werden.

Wie ist denn die Ausgangslage? Was passiert mit uns? Was passiert mit denen, für die wir zu sorgen haben? Ich will mal versuchen, das bildlich auszudrücken:

Es ist, als wenn wir von einem 'Dreizack' gestochen werden - Dreizack kennt ihr von Poseidon, dem Gott des Meeres - einem Dreizack, der uns nicht nur verletzt, sondern uns teilweise sogar kampfunfähig macht.

Die erste Zacke sticht uns aus Berlin, als Folge einer Politik, die neue Hilfsbedürftigkeiten verursacht und uns scharenweise neue Klientel zutreibt. - Das werde ich noch mit einigen Zahlen belegen.

Die zweite Zacke sticht uns aus Düsseldorf, mit einem Haushaltsentwurf der Landesregierung, der uns die Mittel aus der Hand schlägt, mit denen wir die Folgen der ersten Verletzung behandeln könnten - dazu werde ich auch noch etwas sagen.

Den letzten Stich empfangen wir dann in unseren jeweiligen Kommunen, die finanziell nicht mehr in der Lage sind, die Einbrüche auszugleichen. Wobei ich einräume, dass uns der letzte Stich unterschiedlich tief trifft. - Mit denen sollten wir uns schnell und nachdrücklich solidarisieren.

Den Spruch, wir haben kein Geld, kann ich nicht mehr hören.

Fangen wir mal oben an, wo die politischen Grundsatzentscheidungen gegen die Verteilungsgerechtigkeit fallen.

In Verbindung damit wüsste ich gerne, wie es sich mit sozialer Gerechtigkeit vereinbaren lässt, dass in Deutschland 0,4 % der Bevölkerung 25 % des Privatvermögens besitzen? Und die vorherrschende Politik trägt dazu bei, dass diese Diskrepanz zwischen Arm und Reich stetig größer wird! Die politisch Verantwortlichen stützen und fördern privaten Reichtum und akzeptieren öffentliche Armut und leere Kassen. Mehr als 13 Millionen Deutsche leben bereits unterhalb der Armutsgrenze. Irgendwie scheint die von Olaf Scholz konstatierte Umverteilung von oben nach unten ihre Wirkung noch nicht so richtig entfaltet zu haben!?

Ich will einmal versuchen, das Reformbündel – das man ja im Zusammenhang sehen muss - auf die Situation real existierender Menschen zu übertragen. Erst dann wird deutlich, wer Nutznießer oder wer Opfer der Reform wird.

Ich fange einmal oben an, z. B. bei Josef Ackermann, dem Chef der Deutschen Bank mit einem Jahreseinkommen von 7 Mio. Euro, was ich ihm erst einmal nicht neide. Sollte Herr Ackermann hier Steuern und die noch in der vorgesehenen Höhe zahlen, würde er durch das Vorziehen der Steuerreform 350.000 Euro jährlich an Steuern sparen.

Selbst die, um ein anderes Beispiel zu bringen - zugegebenermaßen sozial etwas unterentwickelte - Fernsehunternehmerin Sabine Christiansen hätte im Jahr etwa 50.000 Euro weniger zu zahlen.

Eine Verkäuferin spart rd. 200 Euro, ein Arbeitslosenhilfeempfänger verliert 4.000 Euro.

Zu den Verlierern gehört jetzt z. B. auch die typische Rentnerin. Durch Einfrieren und Beteiligung an der Pflegeversicherung verliert sie 2 % - egal, wie viel sie bekommt.

Nehmen wir einmal an, sie hätte eine Rente von 800 Euro und vergleichen ihren Verlust mit dem Gewinn von Herrn Ackermann, so müssen 1.750 Rentnerinnen geschöpft werden, um den Steuervorteil von Herrn Ackermann auszugleichen.

Für Frau Christiansen wären es immerhin noch 250 Rentnerinnen, für die Verkäuferin reicht eine. Wobei die Verkäuferin noch die Entfernungspauschale gekürzt bekommt, während der Dienstwagen von Herrn Ackermann nach wie vor steuerlich subventioniert wird. Aber irgendwo werden sie dann wieder gleich, wenn es nach Frau Merkel und der Herzog-Kommission geht, zahlen dann alle die gleiche Kopfprämie als Kassenbeitrag. – Gelebte Solidarität! So hatten wir Gleichheit nicht verstanden, Frau Merkel!

Wenn ich jetzt auch noch die Eintrittsgelder und Zuzahlungen durch die Gesundheitsreform gegenrechnen - Pharmaindustrie und Ärzteschaft werden es danken - verdüstert sich der Himmel der sozialen Gerechtigkeit, der schon lange keine Sonne mehr gesehen hat, noch mehr.

Und nun zum Land NRW, dem selbsternannten sozialen Gewissen der Republik.

Selbst wenn hier der Spruch, wir haben kein - oder besser - wir bekommen zu wenig Geld, schon etwas mehr Berechtigung hat, weil die Abhängigkeit von bundespolitischen Fehlentscheidungen nicht zu übersehen ist, so müssen wir doch fragen, muss das wirklich sein? Und alles auf einmal?

Nach letztem Stand des zu erwartenden Haushaltsentwurfs der Landesregierung, sollen die Zuschüsse an die Verbände um rd. 205 Mio. Euro bis Ende 2005 gekürzt werden.

Wobei ich das Wort 'Zuschuss' nicht mehr hören kann. Wir erbringen Dienstleistungen für die öffentlichen Hände, die auch zu bezahlen sind. Wenn ein Unternehmer im öffentlichen Auftrag eine Straße baut, stellt er eine Rechnung aus, die bezahlt wird. Was würde der für Augen machen, wenn er dafür demnächst einen Zuschuss, in Höhe der aktuellen Haushaltslage bekäme?

Delikat ist in diesem Zusammenhang, dass unser Ministerpräsident gerade seine 'Ehrenamtstour' durch das Land beendet hat.

Allein dieser Bereich wird in diesem Zeitraum quer auch alle Bereiche mit einem zweistelligen Millionenbeitrag beteiligt sein; das könnte für Land und Kommunen ein enormes Verlustgeschäft werden, mit enormen Folgekosten.

Wenn sich hier der Landtag nicht aufrafft und erhebliche Korrekturen vornimmt, werden wir an Schließungen und Entlassungen nicht mehr vorbeikommen.

Also mein Appell an die Landespolitiker: Lasst uns nicht hängen! Die AWO hat im Gegensatz zu möglichen anderen nichts zuzusetzen!

Wir würden euch gerne unterstützen, wenn es um die gerechte Steuerverteilung auf allen Ebenen in dieser Republik geht und es dem Land dann auch besser ginge; gleiches gilt für die Gemeinden.

Bei den Kommunen geht es nun wirklich 'ans Eingemachte'. Unabhängig von den politischen Mehrheiten der Kreise und kreisfreien Städte - in einer am Niederrhein gibt es ja auch noch eine absolute SPD-Mehrheit - spüren wir bei vielen das echte Bemühen, gemeinsam und partnerschaftlich die Zerstörung gewachsener sozialer Infrastrukturen zu vermeiden.

Aber wenn nicht noch in diesem Jahr die Finanzausstattung der Kommunen entscheidend verbessert wird, geht auch der Rest noch den Bach runter. Dann würde uns der Stich der dritten Zacke den Rest geben.

Übrigens Kommunen. Im nächsten Jahr sind in NRW Kommunalwahlen. Ich weiß nicht, wer dazu gestern das Interview mit Olaf Scholz in der NRZ gelesen hat. - Überschrift: Da wird nicht gekleckert.

Ich zitiere wörtlich: ...“ Die SPD Bastionen in NRW werden mit großem Aufwand verteidigt. “ Der Aufwand könnte sich in Grenzen halten, denn was die SPD-Bastionen in NRW angeht, gibt es mittlerweile nur noch drei mit einer absoluten Mehrheit. Bei uns am Niederrhein - wie schon gesagt - nur noch Oberhausen. Er scheint da nicht ganz auf dem Laufenden zu sein. Das war einmal, vor der Bundestagswahl 1998, die ja dann das Kommunaldesaster 1999 auslöste.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,

nun noch zu unserem Innenleben.

Was unseren Verband betrifft, so habe ich eine Vielzahl von Höhen und Tiefen in den zurückliegenden fast 30 Jahren erlebt, die ich die AWO am Niederrhein führe.

Als Dienstleister haben wir begonnen, uns für die kommenden Jahre - vielleicht auch eine AWO Agenda 2010 - aufzustellen. Vorbereitende Arbeiten sind erledigt, entsprechende Beschlüsse werden Bezirksvorstand und Bezirksausschuss in den nächsten 2 Jahren fassen müssen.

Dabei geht es nicht nur um die Frage der Ausgliederung, sondern insgesamt um das Unternehmen AWO Niederrhein. Dazu brauchen wir viel Gemeinsamkeit. Erwin Knebel wird gleich Detailliertes vortragen. Ausgesprochen hilfreich, war die von euch in der Bezirkskonferenz 1999 beschlossene Arbeitsgruppe 'Zusammenarbeit Bezirksverband und Kreisverbände'. Sie hat ihren Auftrag auch weitergehend verstanden und über die Dienstleistungsprobleme hinaus Perspektiven der Verbandspolitik aufgezeigt.

Was die Zahl der Mitglieder betrifft, haben wir von 1975 bis 1992 um 45 % zugelegt. 1992 waren wir bei fast 45.000 Mitgliedern. Bis 2002 haben wir davon allerdings wieder 18 % verloren. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass einige unserer Gliederungen bereits Initiativen zur Werbung neuer Mitglieder ergriffen haben. Der Bezirksvorstand hat vor kurzem beschlossen, im kommenden Jahr hier einen Schwerpunkt zu setzen.

Nur als mitgliedsstarker Verband haben wir eine Chance, unsere eigenen Interessen, aber auch die Interessen sozial benachteiligter Menschen, noch wirkungsvoller zu vertreten und ihnen auch Gehör zu verschaffen. Deshalb müssen wir etwas tun. Und wir haben zur Zeit besonders gute Chancen. Bieten wir doch allen, die innerhalb der Arbeiterbewegung nach einer neuen Heimat suchen, die Chance, ihrer Überzeugung treu zu bleiben. - Übertritt statt Austritt? Eine neue Botschaft an frustrierte SPD-Mitglieder.

Aber nicht nur die, sondern alle Menschen, die sich sozial engagieren wollen, finden ein Wirkungsfeld. Natürlich in erster Linie diejenigen, die über die Diskussion sozialpolitischer Fragestellungen hinaus etwas tun möchten, sind uns als ehrenamtlich Aktive herzlich willkommen. Wir freuen uns über jede Hand, die uns gereicht wird. Zu bieten haben wir ein breites Spektrum an unterschiedlichsten sozialen Aufgabenfeldern - von der Kindertagesstätte bis zum Seniorenzentrum - aber auch jede Menge Funktionen innerhalb einer Vielzahl von Verbandsgliederungen. Und auch das sei noch gesagt: Wer bei uns Mitglied ist, muss nicht, aber darf trotzdem noch Mitglied der SPD sein oder bleiben!

Wenn wir überzeugend darlegen, dass wir keineswegs nur unsere eigenen Interessen verfolgen, sondern für das Wohl sozial benachteiligter Menschen eintreten, dann kann es eigentlich nicht schwierig sein, neue Mitglieder zu gewinnen. Der VdK hat uns das durch seine klare Sprache in den letzten Wochen vorgemacht, mit einem Mitgliederzuwachs von 40.000 innerhalb von 2 Monaten.

Wir nehmen für uns in Anspruch, besonders motivierte und engagierte Mitarbeiter zu beschäftigen. Uns unterstützen eine Vielzahl von Ehrenamtlichen. Wir sind nicht auf eine religiöse Ausrichtung festgelegt. Zusammengenommen keine schlechten Voraussetzungen, um auch in der Konkurrenz mit privaten, profitorientierten Betreibern sozialer Dienste bestehen zu können.

Zufrieden zurücklehnen sollten wir uns deshalb allerdings nicht. Allein die erreichten Qualitätsstandards zu halten, ist vor dem Hintergrund zunehmend schwierigerer Rahmenbedingungen schon eine gewaltige Aufgabe. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei weiterhin zu angemessenen und fairen Bedingungen beschäftigen zu können, bedarf erheblicher Anstrengungen.

Wenn wir die bestehenden regionalen Verbandsstrukturen erhalten wollen, müssen wir dafür sorgen, dass die wirtschaftlichen Grundlagen einer ganzen Reihe von Gliederungen gestärkt werden. Vor dem Hintergrund der von mir dargestellten bundespolitischen Einschnitte in das soziale Netz und vor dem Hintergrund der Kürzungspläne des Landes Nordrhein-Westfalen, bei gleichzeitig leeren Kassen der Kommunen, ist das keine leichte Aufgabe. Ich gehe davon aus, dass wir diese Herausforderung nur dann meistern, wenn wir enger zusammenschließen und besser zusammenarbeiten. Unser Ziel sollte dabei sein, durch mehr Kooperation unsere Potentiale besser auszuschöpfen. Und wenn es dem Verband hilft, dann durchaus auch einmal über die Grenzen des eigenen Kreisverbandes hinaus.

Sollte uns das gelingen, sehe ich - trotz der gesamtgesellschaftlich schwierigen Ausgangslage - gute Chancen, auch im Wettbewerb mit den Privaten zu bestehen. Wir haben einen Markennamen, sind bekannt, flächendeckend präsent, fachlich fit, motiviert und verfügen über einen uns besonders nahestehenden potentiellen Kundenstamm von immer noch fast 50.000 Mitgliedern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie deren Angehörigen.

Und wir haben den Vorteil und nehmen uns die Freiheit, als Arbeiterwohlfahrt öffentlich für die Rechte sozial benachteiligter Menschen eintreten zu können. Auch das wird noch immer von vielen Menschen honoriert.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde, lasst mich noch ein anderes Thema ansprechen, das uns alle besorgt hat. Vor genau zwei Jahren haben wir in der Rhein-Erft-Halle in Grevenbroich zusammengesessen. Ottmar Schreiner hat uns damals eindrucksvoll seine Vorstellungen von Sozialdemokratie dargelegt. Dann, zwei Monate später, gab es für den Bezirksverband nur noch ein einziges Thema: Der drohende Konkurs unseres Kreisverbandes Neuss. Ich will heute nicht die Ursachen dieses Problems analysieren, obwohl wir daraus Konsequenzen zu ziehen haben. Ich will diesen Tag nutzen, um nochmals allen Dank zu sagen, die dazu beigetragen haben bis heute den Konkurs abzuwenden. An erster Stelle nenne ich die Ortsvereine im Kreisverband, die - zwar mit zusammengebissenen Zähnen, aber ohne lange zu überlegen - mit einem erheblichen siebenstelligen Geldbetrag dazu beigetragen haben, die Folgen der Fehler und Misswirtschaft eines Einzelnen und der Gutgläubigkeit einiger in Grenzen zu halten und den ansonsten unvermeidbaren Konkurs abzuwenden. Ich weiß - und damit richte ich mich ausdrücklich an die Delegierten des KV Neuss - wie schwer euch diese Unterstützung gefallen ist. Ich weiß, wie unbegreiflich es für euch ist, dass gegen den Verursacher immer noch kein Strafverfahren eröffnet ist. Um so mehr zolle ich euch meine Anerkennung und sage noch einmal herzlichen Dank für eure Solidarität! Liebe Freundinnen, liebe Freunde aus dem Kreis Neuss, es wird euch über eure Verluste nicht hinwegtrösten, aber auch der Bezirksverband hat erhebliche Anstrengungen unternommen, um euren Kreisband wieder auf die Beine zu bringen. Und ich verspreche euch, dass wir diese Anstrengungen auch fortsetzen werden. Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass wir es zusammen mit Herbert Hübner, mit Bettina Forsch und den anderen Verantwortlichen schaffen, die AWO im Kreis Neuss wieder an

einen Punkt zu bringen, an dem die Ortsvereine wieder vom Kreisverband profitieren und nicht umgekehrt.

Besonders danken möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal ausdrücklich dem Kreis Neuss und der Kreissparkasse, die dem Kreisverband Überlebens-Chancen erhalten haben.

Ich komme zum Schluss, ohne zu wagen, ein Resümee zu ziehen: Der gestrige Tag - der 7. November 2003, mit der Sitzung des Bundesrates, in der das Reformpaket der Bundesregierung zur Abstimmung stand, mit einer Bandbreite von Hartz IV - wonach den Arbeitslosen 4 Mrd. abgenommen werden - bis zum Amnestiegesetz für Steuerflüchtige, mit dem denen, die ihr Geld schwarz ins Ausland verschoben haben, nicht nur Straffreiheit, sondern auch Steuergeschenke in hundertfacher Milliardenhöhe versprochen werden, ist ein 'schwarzer Freitag' für den Sozialstaat. In diesem Paket vermisse ich aber die Vorschläge der Bundesregierung zur Vermögenssteuer, zur Erbschaftssteuer, zur Spekulationssteuer und zur Bürgerversicherung; dann wäre reichlich Geld da und zum ersten Mal würde auch den starken Schultern etwas aufgebürdet.

Mir liegt nichts ferner, als hier als 'Nestbeschmutzer' aufzutreten. Dafür bin ich schon viel zu lange Sozialdemokrat. Wenn aber eine sozialdemokratisch geführte Regierung Fehler macht und immer wieder auf's Neue Fehler macht, dann ist irgendwann der Punkt erreicht, an dem man zumindest darauf hinweisen dürfen muss.

Es ist auch für mich - ohne pathetisch zu werden - eine Frage der Ehre. Wir dürfen uns nicht von den zukünftig anderen Mehrheiten auf allen Ebenen vorhalten lassen, dass wir sie kritisieren und angreifen, während wir beim Sozialkahlschlag durch eigene Genossen geschwiegen haben. Das sage ich, wohl wissend, dass andere Mehrheiten da alles noch schlimmer machen würden - auch, wie die letzten Tage zeigten, der so genannte Vertreter der kleinen Leute, Edmund Stoiber.

Ich kann nicht erkennen, dass die so genannten staatstragenden Parteien, gleich welcher Couleur aktuell dazu beitragen, das Vertrauen in die Politik zu stärken. Wenn das so weitergeht, dass die Sozialdemokraten ihr 'S' zur Disposition stellen, den Christdemokraten ihr 'C' schon lange verloren gegangen ist, die Grünen von der F.D.P. nicht mehr zu unterscheiden sind, dann darf man sich nicht wundern, dass weniger als die Hälfte noch zur Wahl gehen. Daneben bildet sich eine außerparlamentarische Opposition, die allmählich beachtliche Formen annimmt. Die machtvolle Demonstration am 1. November in Berlin war erst ein Anfang. Für uns alle stellt sich die Frage, ob wir mitmachen, oder abseits stehen. Das 'Bündnis soziale Bewegung in NRW' - dazu gibt es auch heute einen Antrag des KV Viersen - ist ein guter Anfang.

Abschließend danke ich meinen Mitstreiterinnen und Mitstreitern im Bezirksvorstand ebenso wie allen, die in den Kreisverbänden und Ortsvereinen ehrenamtlich in diesen Funktionen aktiv sind. Ich danke Erwin Knebel mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Aktuell heute besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bezirksverbandes an der Spitze Klaus Neubauer für die Organisation unserer Bezirkskonferenz.

Euch allen danke ich für eure Geduld und Aufmerksamkeit.

Glück auf und Freundschaft!